

Bildungsforschung mit Sinti und Roma

Christian Brüggemann

Sammelrezension zu

1. Daniel Strauß (Hrsg.): *Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Dokumentation und Forschungsbericht. Marburg: I-Verb.de und RomnoKher 2011. 104 S. ISBN 978-3939762-10-5. Online verfügbar unter: <http://www.stiftung-evz.de/publikationen/studien/>*
2. Verena Knaus/Peter Widmann et al.: *Integration unter Vorbehalt. Zur Situation von Kindern kosovarischer Roma, Ashkali und Ägypter in Deutschland und nach ihrer Rückführung in den Kosovo. Köln: Deutsches Komitee für UNICEF 2010. 111 S. Online verfügbar unter: http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/Roma-Studie_2010/UNICEF-Studie_Roma_2010neu.pdf*

Die Wahrnehmung der sozialen Situation in Europa lebender Roma-Gemeinschaften hat derzeit Konjunktur in weiten Kreisen europäischer Politik: „Das Mittagessen war gut – was die Speisen anbelangt“, sagte Angela Merkel bei einem EU-Gipfel 2010. Sie spielte damit auf Unstimmigkeiten zwischen der Europäischen Kommission und Frankreich bezüglich der Rückführung in Frankreich lebender bulgarischer und rumänischer Roma durch die französische Regierung an. Die EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding, hatte zuvor aufgrund der Rückführungen, in denen sie einen Bruch der EU-Freizügigkeitsrichtlinie sah, mit einem EU-Strafverfahren gegen Frankreich gedroht. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy reagierte verärgert, behauptete Deutschland würde ebenfalls Roma abschieben und zog dadurch seinerseits den Ärger der Bundeskanzlerin auf sich. Die Aussprache erfolgte – sofern die Informationen überregionaler Medien stimmen – bei dem oben genannten Mittagessen.

Die Politik der französischen Regierung wurde noch einige Zeit in der internationalen Presse diskutiert. Die deutsche Roma-Politik hingegen kaum. Die Europäische Union sah im Falle Deutschlands keinen Handlungsbedarf, da die von Sarkozy postulierten Abschiebungen kosovarische Roma betrafen. Bulgarien und Rumänien sind seit 2007 Mitglie-

Online publiziert: 18.10.2011

© VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011

C. Brüggemann, M.A. (✉)

Kulturwissenschaftliche Fakultät, Allgemeine Pädagogik,
Universität Bayreuth, Universitätsstr. 30, 95447 Bayreuth, Deutschland

E-Mail: chris.brueggemann@googlemail.com

der der Europäischen Union. Die in den beiden Ländern lebenden ca. 2,5 Mio. Roma haben daher die gleichen (Freizügigkeits-)Rechte wie alle anderen Bürger der Europäischen Union. Auf Unterstützung durch die Europäische Kommission können die 11.770 (Stand: 2009) in Deutschland mit unsicherem Aufenthaltsstatus lebenden kosovarischen Roma hingegen nicht hoffen: Sie sollen gemäß eines bilateralen Abkommens zwischen der deutschen und der kosovarischen Regierung in den kommenden Jahren in den Kosovo „zurückgeführt“ werden (Deutscher Bundestag 2009, S. 8; Bundesministerium der Justiz 2010). Wenn über die gesellschaftliche Situation von Sinti und Roma geredet wird – dies sollte diese Einführung in die Thematik verdeutlichen – muss vor einer Vereinheitlichung verschiedener Gruppen gewarnt werden. Obwohl eventuell alle als „Zigeuner“ stigmatisiert werden, verlaufen zwischen den in Deutschland lebenden Sinti und Roma etliche Differenzlinien: Neben dem bereits angesprochenen rechtlichen Status gehören dazu unter anderem verschiedene Staatsangehörigkeiten, Muttersprachen sowie Migrations- bzw. Flüchtlingsbiografien. Dies wird auch in den hier rezensierten Werken deutlich. Die Studie von Strauß et al. beschäftigt sich ausschließlich mit der Bildungssituation westdeutscher Sinti und Roma, während Knaus und Widmann die Situation kosovarischer Roma, Askhali und Ägypter (RAE) in der Bundesrepublik Deutschland und nach ihrer Rückführung in den Kosovo thematisieren. Beide Werke können als „Sektorenberichte“ bezeichnet werden. Sie sind in erster Linie dafür gedacht, Politikempfehlungen zu generieren und politische Entscheidungen zu erleichtern. In diesem Sinne können sie nicht losgelöst von den politischen Zielen der sie finanzierenden Organisationen betrachtet werden. Das Prüfen von Theorien und epistemologische Kritik sind nicht Hauptaugenmerk dieser Textgattung (Caruso 2010, S. 3). Bevor explizit auf die jeweilige Studie eingegangen wird, erfolgt eine kurze historische Kontextualisierung ihrer Inhalte.

Strauß (Hrsg.), Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma.

Erste Zeugnisse über die Anwesenheit von Sinti und Roma auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands stammen aus dem 15. Jahrhundert. Deutsche Sinti und Roma sind seit 1998 neben den Dänen, Friesen und Sorben eine staatlich anerkannte nationale Minderheit. Gemäß dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates ist die Bundesregierung verpflichtet, Sprache, Kultur und Geschichte der Minderheit zu erhalten und zu pflegen. Die Sprache Romanes ist zudem neben Dänisch, Sorbisch, Friesisch und Plattdeutsch durch die europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützt. Das Bundesministerium des Inneren ist verpflichtet, in einem drei- bzw. fünfjährigen Turnus über die Umsetzung der beiden internationalen Abkommen zu berichten. Die Anerkennung als nationale Minderheit beruht zu großen Teilen auf den Anstrengungen der Sinti-und-Roma-Bürgerrechtsbewegung, die in den 1960er- bis 1980er-Jahren zunächst gegen anhaltende rechtliche Diskriminierung sowie für die Anerkennung als Holocaust-Opfer kämpfen musste. Im Jahr 1982 wurde der Holocaust gegen Sinti und Roma durch die Bundesregierung anerkannt und – nach Vorbild des jüdischen Zentralrats – der Zentralrat deutscher Sinti und Roma gegründet. Der Zentralrat mit seinen angeschlossenen Landesverbänden ist seitdem zentraler Ansprechpartner der Bundesregierung für die Belange dieser Minderheiten. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verfolgung deutscher Sinti und Roma sowie das Aufdecken gegenwärtiger Diskriminierung. In diesem Zusammenhang ist bereits in

den 1980ern ein bis heute anhaltender Konflikt mit einer Gruppe deutscher Ethnologen entstanden. Dabei haben insbesondere die Meinungsverschiedenheiten des Tsiganologen Bernhard Steck und des Zentralratsvorsitzenden Romani Rose polemische Formen angenommen (für einen kritischen Überblick zum Forschungsfeld Tsiganologie sowie zum genannten Disput siehe Koch 2005, S. 15–37).

Insbesondere deutsche Sinti-und-Roma-Verbände stehen aus berechtigter Angst vor Stigmatisierung wissenschaftlichen Forschungen tendenziell skeptisch gegenüber. Eine Ausnahme bilden Forschungen im Bereich Antiziganismus, deren Forschungsgegenstand die Mehrheitsgesellschaft ist. Die vorliegende von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ finanzierte Untersuchung bricht mit dieser Tradition und wird deshalb zu Recht als „Meilenstein“ bezeichnet. Die erste umfangreiche Datenerhebung zur Bildungssituation deutscher Sinti und Roma seit 1982 (vgl. Hundsalz 1982) ist die deutschlandweit erste von deutschen Sinti koordinierte Bildungsstudie. Die von dem Vorsitzenden des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg, Daniel Strauß, herausgegebene Studie könnte damit einen historischen Wendepunkt in dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und deutschen Sinti markieren. Für die Studie wurden zwischen 2007 und 2010 insgesamt 275 Interviews geführt, begleitet von einem Fragebogen über die Bildungs- und Lebenssituation deutscher Sinti und Roma. Die Studie ist – wie die Autoren selbst hervorheben – aus mehreren Gründen nicht repräsentativ: Über die Gesamtheit deutscher Sinti und Roma gibt es nur Schätzungen, die Erhebung wurde hauptsächlich in Westdeutschland durchgeführt und die Befragten wurden größtenteils aus dem Umfeld der Interviewer rekrutiert.

Der die Forschung begleitende Oral-History-Forscher Alexander von Plato beschreibt im ersten Kapitel die methodischen Herausforderungen des Projektes. Um überhaupt Zugang zum Feld zu erhalten, sei es nicht nur unumgänglich, sondern auch gewünscht gewesen, dass die Befragungen von Mitgliedern der Minderheit durchgeführt wurden. Angesichts dieser Maßgabe nahm man die methodische Unerfahrenheit der Interviewer, die sich trotz vorheriger Schulung zeigte, sowie damit zusammenhängende Probleme, wie Suggestivfragen, kurze Gesprächszeiten und negative Fragestellungen, in Kauf. Auf Videoaufzeichnungen und Fragen zum Einkommen und der Wohnsituation wurde aufgrund des besagten Misstrauens verzichtet.

Michael Klein wertet im zweiten Kapitel die quantitativen Daten aus. In bestimmten Gesprächskonstellationen wurde auf die Fragebögen verzichtet oder der Fragebogen nur selektiv ausgefüllt. 62 % der Befragten gaben an, anonym bleiben zu wollen. 95 % der Befragten bezeichnen sich als „Sinti und Roma“. 58 % lehnen die Bezeichnung „Zigeuner“ (ein wesentlicher Streitpunkt zwischen Zentralrat und Tsiganologen) kategorisch ab, 26 % sind der Meinung, der Begriff müsse im jeweiligen Kontext verstanden werden. Bei der Betrachtung des Schulbesuchs und der Bildungsabschlüsse – differenziert nach Alterskohorten – zeigt sich ein positiver Trend. Insbesondere interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Betrachtung der jüngsten Alterskohorte ($N=106$), die die aktuelle Schulsituation am besten widerzuspiegeln scheint: Demnach besuchten 78,3 % der Alterskohorte der 14- bis 25-Jährigen eine Haupt-, 12,3 % eine Real- und 9,4 % eine Förderschule.

Für das dritte Kapitel wurden von Uta Rüchel und Jane Schuch 30 ausgewählte Interviews inhaltsanalytisch ausgewertet. Der zur Verfügung stehende Interviewkorpus ist das

umfangreichste mir bekannte qualitative Datenmaterial über deutsche Sinti und Roma. Die Auswertung bietet dem Leser einen sehr guten Einblick in die Bildungserfahrungen deutscher Sinti und Roma. Sie zeigt den starken Einfluss elterlicher Bildungseinstellungen und die zentrale Bedeutung des Lehrerhandelns. Hier spielen insbesondere (ggf. tradierte) Erfahrungen mit der Verfolgung im Nationalsozialismus eine große Rolle., Rüchel und Schuch sprechen in diesem Zusammenhang von einem „kollektiven Trauma“, welches die Beziehung zwischen Minderheit und Nationalstaat bis heute prägt. Die zitierten Interviewsequenzen ermöglichen einen deutschlandweit bisher einmaligen Einblick in verschiedene Formen schulischer Fremdheitserfahrungen und Diskriminierung deutscher Sinti und Roma.

Im letzten Kapitel (ein Autor wird nicht genannt) werden zentrale Forschungsergebnisse stichpunktartig wiederholt und Empfehlungen an die Bildungspolitik formuliert. Leider sind die Vorschläge wenig konkret. In Anlehnung an die Forderung der Europäischen Kommission nach nationalen Roma-Strategien wird empfohlen, eine Bildungskommission zu gründen und mit der Erstellung eines nationalen Aktionsplans zu beauftragen. Es bleibt zu hoffen, dass der im Rahmen der Studie gegründete „Arbeitskreis Bildung für Sinti und Roma“ in naher Zukunft detailliertere Vorschläge zur Bildungsförderung erarbeitet.

Die Publikation ist derweil jedem zu empfehlen, der sich mit der Bildungssituation deutscher Sinti und Roma auseinandersetzen möchte. Sowohl die von den Autoren geschilderten methodischen Schwierigkeiten als auch die qualitativen Zeugnisse sind ein sehr guter Einstieg in das Feld. Die Tatsache, dass deutsche Sinti die Studie koordiniert, die Interviews durchgeführt und an der Analyse mitgewirkt haben, spricht für einen Paradigmenwechsel in der deutschen Forschungslandschaft hin zu einer Bildungsforschung *mit* und nicht nur über Sinti und Roma.

Knaus und Widmann, Integration unter Vorbehalt. Eine erste Zuwanderung jugoslawischer Roma in die Bundesrepublik begann in den 1960er-Jahren im Rahmen der Anwerbung von Gastarbeitern. Von Letzteren wurde erwartet, dass sie später in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. Die meisten Zuwanderer dieser Zeit – also auch jugoslawische Roma – besitzen (wenn sie nicht in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind) heute die deutsche Staatsbürgerschaft. Starke Zuzüge von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden durch den bosnischen Bürgerkrieg (1991–1993) und den Kosovokrieg (1998–1999) ausgelöst. Zu Beginn der 1990er-Jahre begann zudem die zivilgesellschaftliche Etablierung der bis dahin von internationaler Seite als Zigeuner oder Roma bezeichneten albanischsprachigen Gruppen ‚Ägypter‘ und ‚Ashkali‘ (Marushiakova et al. 2001, S. 20–26). Internationale Organisationen verwenden daher derzeit die Bezeichnung „Roma, Ashkali, Egyptians“ (RAE).

Viele der seit den 1990er-Jahren nach Deutschland zugewanderten RAE sind freiwillig zurückgekehrt oder in andere Länder abgewandert. Manche konnten die strengen Kriterien für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllen oder bekamen zumindest eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis, andere leben seit ihrer Zuwanderung mit unsicherem Aufenthaltsstatus oder wurden zwangsrückgeführt. Letzteren gilt die Aufmerksamkeit der hier zu rezensierenden Forschung.

Die im Folgenden behandelte Publikation ist die zweite von UNICEF initiierte Studie über aus dem ehemaligen Jugoslawien stammende Roma ohne deutsche Staatsbürgerschaft. In der ersten Studie wurde die Bildungs- und Lebenssituation ausländischer Roma in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und Münster geschildert (Schlagintweit und Rupperecht 2007). Aufgrund der derzeitigen Entwicklungen wurden in der Folgestudie sowohl in Deutschland lebende RAE-Familien mit unsicherem Aufenthaltsstatus als auch aus Deutschland in den Kosovo „rückgeführte“ RAE-Familien in den Blick genommen. Ziel der Studie ist es zu prüfen, inwieweit bei Rückführungen das Kindeswohl – gemäß der internationalen Kinderrechtskonvention – gewährleistet ist.

Für den von Peter Widmann verfassten Teil zur Lage von RAE-Familien in Deutschland wurden – insbesondere in Münster, Stuttgart und Magdeburg – RAE-Familien, Lehrkräfte sowie Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden, psychologischen Beratungsstellen und kommunalen Sozialdiensten mithilfe eines offenen Leitfadeninterviews befragt. Begleitet wurde die Befragung durch eine Analyse relevanter parlamentarischer und behördlicher Schriften sowie Dokumenten von Wohlfahrtsverbänden, Schulen und Nichtregierungsorganisationen. Zunächst wertet Widmann durch eine umfangreiche Dokumentenanalyse das zur Verfügung stehende Datenmaterial über gegenwärtige Rückführungen und in Deutschland lebende ausreisepflichtige RAE aus. Danach folgt eine kritische Betrachtung der 2001 von der Bundesinnenministerkonferenz getroffenen Altfallregelung, wodurch langjährig geduldete Personen nach der Erfüllung strenger Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen können. In diesem Rahmen wird unter anderem konstatiert, dass ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis als Voraussetzung für die Aufenthaltserlaubnis einen systematischen Anreiz für junge Erwachsene darstellt, auf höhere schulische oder berufliche Qualifikation zugunsten der möglichst schnellen Aufnahme einer Beschäftigung zu verzichten. Im Anschluss werden verschiedene Integrationsbarrieren für in Deutschland lebende RAE aufgezeigt. Dazu gehören laut Widmann unzureichende Sprachkompetenzen der Eltern (während die Kinder über vergleichsweise gute Sprachkenntnisse verfügen), überdurchschnittlich hohe Förderschulquoten unter den Nachwachsenden sowie insbesondere die wohnräumliche Segregation vieler RAE-Familien in Flüchtlingswohnheimen. Durch die Flüchtlingsbiografie bedingte posttraumatische Belastungsstörungen erschwere die Erziehung, insbesondere die Einnahme einer positiven Vorbildrolle durch die Eltern. Der unsichere Aufenthaltsstatus verstärke die wahrgenommene Ausgrenzungserfahrung und verringere darüber hinaus die Beschäftigungschancen. Die dauerhafte Angst abgeschoben zu werden, wirke sich stark negativ auf schulische Leistungen aus und vermindere den Anreiz, nachhaltig in die eigene Integration zu investieren.

Für den von Verena Knaus verfassten Teil zur Lage von RAE-Familien im Kosovo wurden 60 Experteninterviews und 40 semi-strukturierte Tiefeninterviews mit rückgeführten RAE-Familien durchgeführt (insgesamt 173 Personen). Zunächst wertet Knaus aktuelle Daten über Rückführungen in den Kosovo aus. Danach folgen Ausführungen zur sozialen Lage der Rückkehrer und zu den Ergebnissen der Interviewstudie, von denen hier nur einige Ausschnitte erwähnt werden können: Den Daten zufolge sind die meisten Familien bereits zwischen 1991 und 1992 aus dem Kosovo geflohen und lebten im Durchschnitt 14 Jahre lang in Deutschland. Bildungspolitisch ist in diesem Zusammenhang relevant, dass 60 % aller Befragten in Deutschland geboren wurden und die Mehr-

heit der Kinder bis zu ihrer Rückführung noch nie im Kosovo gewesen ist. Drei Viertel der schulpflichtigen Kinder gab an, die Schule nach der Rückkehr in den Kosovo abgebrochen zu haben oder dort nie eingeschult worden zu sein. Sprachprobleme, Armut und fehlende Dokumente sind – so Knaus – der Hauptauslöser für die hohe Abbruchquote. In dem nachfolgenden Kapitel thematisiert Knaus die Herausforderungen der wirtschaftlichen Reintegration, die Bedeutung von finanzieller Hilfe im Ausland lebender Familienmitglieder sowie die Remigrationsbestrebungen. Im Anschluss empfehlen die Autoren zwölf Punkte, um das Kindeswohl bei aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, im Falle von Rückführungen und Reintegrationsprogrammen stärker zu berücksichtigen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass beide Publikationen einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Bildungs- und Lebenssituation in Deutschland lebender Sinti und Roma liefern. Das Ziel beider Studien ist die Hervorbringung politischen Handlungswissens. Das Prüfen von Theorien und epistemologische Überlegungen sind diesem Ziel untergeordnet und werden nur ansatzweise verwirklicht. Gleichwohl ist das gewonnene Wissen zentral für das Verständnis von Problemlagen in Deutschland lebender Sinti und Roma; die Lektüre dieser Publikationen ist deshalb nachdrücklich zu empfehlen.

Literatur

- Bundesministerium der Justiz. (Hrsg.). (2010). Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kosovo über die Übernahme und Durchbeförderung von Personen (Rücknahmeabkommen). vom 21. April 2010. *Bundesgesetzblatt*, 10(9), 259–264.
- Caruso, M. (2010). Die Vielfalt der vergleichenden Bildungsforschung: Forschungsdesigns und Textgattungen. In D. Waterkamp (Hrsg.), *Vergleichende Erziehungswissenschaft. Enzyklopädie der Erziehungswissenschaft Online*. Weinheim: Juventa.
- Deutscher Bundestag. (2009). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Kersten Naumann, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 16/14129*. Berlin: Bundestag.
- Hundsatz, A. (1982). *Soziale Situation der Sinti in der Bundesrepublik Deutschland* (Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 129). Kohlhammer: Stuttgart.
- Koch, U. (2005). *Herstellung und Reproduktion sozialer Grenzen: Roma in einer westdeutschen Großstadt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marushiakova, E., et al. (2001). *Identity formation among minorities in the Balkans: the cases of Roms, Egyptians and Ashkali in Kosovo* (Studii Romani). Sofia: Minority Studies Society.
- Schlagintweit, R., & Rupprecht, M. (2007). *Zwischen Integration und Isolation: Zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland und Südosteuropa*. Berlin: Metropol.